

17. Flächennutzungsplanänderung

"Freiflächen-Photovoltaikanlage Sandberg Illerberg"

Abwägung der Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

I. Prüfung und Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB des Entwurfs der 17. Flächennutzungsplanänderung, mit Stand vom 29.06.2023, fand in der Zeit vom 07.08.2023 bis einschließlich 20.09.2023 statt. Während dieser Zeit konnten Stellungnahmen zur Planung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Vöhringen vorgebracht werden.

Von Seiten der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.

II. Prüfung und Abwägung der Stadt zu den vorgebrachten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Unterlagen zur Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden am 03.08.2023 an insgesamt 33 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange verschickt.

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Stellungnahme oder eine Stellungnahme ohne Einwendungen zur Planung vorgebracht:

- Bayernnets GmbH, Schreiben vom 04.08.2023
- Amprion Energie GmbH, Schreiben vom 08.08.2023
- Stadt Weißenhorn, Schreiben vom 16.08.2023
- Schwaben Netz GmbH, Schreiben vom 24.08.2023
- Handwerkskammer für Schwaben, mit Schreiben vom 29.08.2023
- Amt für ländliche Entwicklung Schwaben, mit Schreiben vom 07.09.2023
- Industrie- und Handelskammer für Schwaben, Schreiben vom 15.09.2023
- Vodafone Kabel Deutschland GmbH, mit Schreiben vom 18.09.2023
- SWU Energie GmbH Ulm, Schreiben vom 19.09.2023
- Stadt Senden, Schreiben vom 25.09.2023
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
- Bayerischer Bauernverband
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Erdgas Schwaben
- RBA Regionalbus
- Regierung von Schwaben
- Bezirk Schwaben, Heimatpfleger Christoph Lang
- Pfarramt Vöhringen
- Evang. Pfarramt Vöhringen
- Bund Naturschutz in Bayern e.V. – Kreisgruppe Neu-Ulm
- Wasserwirtschaftsamt Donauwörth
- BUND Naturschutz Bayern e.V.
- Gemeinde Bellenberg
- Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. - Hilpoltstein

Darüber hinaus wurden von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht die von der Stadt wie folgt geprüft und abgewogen wurden:

1. **Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**, mit Schreiben vom 04.08.2023
Zu o.g. Planung nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Krumbach (Schwaben) – Mindelheim wie folgt Stellung:

Aus landwirtschaftlicher Sicht ist die Überkompensation des Eingriffs in Höhe von 183.068 Wertpunkten dem Ökokonto gutzuschreiben.

Es werden keine Einwände gegen die Planung erhoben.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

2. **Regionalverband Donau-Iller**, mit Schreiben vom 07.08.2023
Es wird darauf hingewiesen, dass derzeit der Regionalplan für die Region Donau-Iller fortgeschrieben wird. Die plangegegenständliche Fläche liegt gemäß PS B I 2.1 G (3) des Regionalplamentwurfs innerhalb eines Vorbehaltsgebiets für Landwirtschaft. Zukünftig soll in diesen Gebieten dem Belang des landwirtschaftlichen Flächenerhalts bei der Abwägung mit entgegenstehenden Nutzungen ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

Es bestehen aus Sicht des Regionalverbandes keine Einwände.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Änderungen am Entwurf der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

3. **Kreisbrandinspektion Neu-Ulm**, mit Schreiben vom 10.08.2023
Insbesondere aufgrund der nicht vorhandenen Löschwasserversorgung muss die Zufahrt zu der Anlage mit Fahrzeugen der Feuerwehr gesichert möglich sein. Die Zufahrtsmöglichkeit muss grundsätzlich entsprechend den Vorgaben der „Richtlinie für Flächen der Feuerwehr“ ausgeführt sein.
Für die Anlage muss ein vereinfachter Feuerwehrplan auf Basis der DIN 14095 als Übersichtsplan mit Angabe von Kontaktpersonen erstellt werden.

Hinweis:

Feuerwehrpläne sind nach DIN 14095 im Format DIN A 3 auf DIN A 4 gefaltet in Absprache mit der Kreisbrandinspektion zu erstellen.

Der Betreiber und die örtliche Feuerwehr müssen mindestens je einen kompletten, auf Folie (wasserfestes Papier) gedruckten Satz in einem DIN A 4-Ordner erhalten.

Bei der Kreisbrandinspektion (Landratsamt Neu-Ulm, Sicherheit und Ordnung (Fachbereich 24), Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm) sind zwei komplette auf Folie (wasserfestes Papier) gedruckte Sätze in je einem DIN A 4-Ordner und zusätzlich ein digitaler Satz auf einer CD/DVD oder einem USB-Stick einzureichen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen die Genehmigungsplanung der PV-Anlage. Änderungen an der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

4. Autobahn GmbH, mit Schreiben vom 17.08.2023

Die Stadt Vöhringen hat für das Flurstück 1248 der Gemarkung Illerberg einen Bebauungsplan vorgelegt. Gemäß diesem soll eine PV-Anlage errichtet werden.

Das Flurstück befindet sich östlich der A7 und ca. 1km nördlich der AS Vöhringen.

Der Bereich der A7 soll zwischen dem AD Hittistetten und dem AK Memmingen einem 6-streifigen Ausbau unterzogen werden. Hierzu wurden 4 Planungsabschnitte gebildet.

Das Flurstück auf den sich der B-Plan bezieht befindet sich im Planungsabschnitt 1 (AD Hittistetten und AS Illertissen). Die Planungen hierfür haben in Bundesverkehrswegeplan den Status „Vordringlicher Bedarf“. Derzeit ruhen die Planungen hierzu wegen Personalmangel. Es liegen daher keine vertieften Planungen (keine genehmigter VE) vor und eine Planfeststellung wurde noch nicht beantragt. Derzeit kann kein Termin genannt werden, bis wann die Planungen des 6-streifigen Ausbaus vorliegen.

Die Auswirkungen des 6-streifigen Ausbaus können daher nicht benannt werden.

In die Planzeichnung sind die 40 m – Anbauverbotszone sowie die 100 m – Anbaubeschränkungszone an der BAB 7 einzuzeichnen und in der Legende sind diese Zonen mit Verweis auf § 9 FStrG und die Bezeichnung an der Bundesautobahn zu ergänzen. Zur Abstandsmessung möchten wir darauf verweisen, dass das Abstandsmaß der Zonen des § 9 FStrG auch an Anschlussstellenästen, an Ein- und Ausfädelungstreifen sowie Rampen und gegenüber der Zu- und Abfahrten sowie bei Raststätten/-plätzen (äußere Fahrbahnkante der Durchfahrtsgasse, die die BAB verbindet) gilt.

Die übersandte Stellungnahme zu den Blendwirkungen ist nicht auskömmlich. Das geplante Vorhaben wird im Rahmen des Verfahrens hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den fernstraßenrechtlichen Belangen nach § 9 Abs. 3 FStrG geprüft. Im Rahmen der Prüfung, ob eine bauliche Anlage gemäß § 9 Abs. 3 FStrG zu versagen ist, weil dies insbesondere wegen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs nötig ist, ist eine abstrakte Gefährdungsbeurteilung vorzunehmen.

Bäume/Sträucher können in belaubtem Zustand zwar eine Blendung verhindern, aber nicht das ganze Jahr über. Daher sehe ich einen Blendschutzzaun als erforderlich, um die ganzjährige Blendung auszuschließen.

Aufgrund der Änderung des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetzes liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse. Die erneuerbaren Energien sollen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Hinsichtlich der Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen in der Anbauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 FStrG sind daher Privilegien möglich, sodass die Inanspruchnahme der 40-m-Anbauverbotszone, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, bei einer Vielzahl von Vorhaben i. S. d. § 9 Abs. 8 FStrG möglich ist. Um die Vereinbarkeit mit den in § 9 Abs. 3 FStrG aufgezählten straßenverkehrsrechtlichen Belangen und das Maß einer möglichen Inanspruchnahme feststellen zu können, bedarf es immer einer Bewertung der konkreten Umstände des Einzelfalls. In einer Vielzahl von Fällen stellt die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen ein Allgemeinwohlinteresse dar, dass zugleich eine Ortsgebundenheit aufweist. Diesbezügliche Ausführungen sind im Rahmen der Antragstellung bei einer Errichtung des Vorhabens in einem geringeren Abstand als 40 m zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahn erforderlich.

Ich bitte um die Aufnahme dieses Hinweises, um den Vorhabenträgern aufzuzeigen, dass ein Abweichen vom grundsätzlichen gesetzlichen Verbot insbesondere bei der Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen möglich sein kann, dies jedoch nicht von einer gesonderten Antragstellung, ggf. im Rahmen der Beteiligung des Fernstraßen-Bundesamtes im Baugenehmigungsverfahren entbindet.

Wir weisen ebenso darauf hin und bitten um Aufnahme eines Hinweises, dass im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ggfls. eine vertragliche Rückbauverpflichtung mit der Autobahn GmbH des Bundes für den Fall von kollidierenden Ausbauabsichten in der Anbauverbotszone

abgeschlossen werden muss sowie die Ausnahmegenehmigung gem. § 9 Abs. 8 FStrG für diesen Fall auch unter dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden kann.

Der erforderliche Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 9 Abs. 8 FStrG kann bereits zum jetzigen Zeitpunkt und parallel zum Bauleitplanverfahren beim Fernstraßen-Bundesamt gestellt werden. In diesem Fall bitten wir darum, die entsprechenden Antragsunterlagen vorzugsweise digital per E-Mail an anbau@fba.bund.de zu übermitteln.

In die textlichen Festsetzungen/Hinweise und die Begründung der jeweiligen Bauleitpläne ist Folgendes aufzunehmen bzw. zu ergänzen:

- Längs der Autobahn dürfen jegliche Hochbauten, auch Nebenanlagen als solche, auch auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche innerhalb der 40 m – Anbauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 FStrG nicht errichtet werden. Umfasst sind hiervon auch die Solartische und jegliche damit in Zusammenhang stehenden Anlagen über der Erdgleiche (z. B. Masten etc.). Dies gilt auch für Abgrabungen und Aufschüttungen größeren Umfangs. In diesem Zusammenhang bitten wir auch um Ergänzung oder Änderung der textlichen Festsetzungen unter 1.9 mit pauschaler Zulassung baulicher Anlagen von bis zu 5 m Höhe. Dies bedarf (siehe auch weitere Ausführungen) in den Zonen des § 9 FStrG an der BAB immer der konkreten Prüfung des Einzelfalls.
- Bezüglich der mit einem Pflanzgebot oder auch als Ausgleichsfläche festgesetzten Bereiche innerhalb der 40 m – Anbauverbotszone ist auch hier klar zu regeln, dass auch keine (baulichen) Anlagen errichtet werden dürfen, die den Vorschriften des § 9 Abs. 1 FStrG zuwiderlaufen.
- Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen bauliche Anlagen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn sie längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden.
- Allgemein: Konkrete Bauvorhaben (auch baurechtlich verfahrensfreie Vorhaben) in den Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszonen bedürfen der Genehmigung bzw. Zustimmung durch das Fernstraßen-Bundesamt.
- Werbeanlagen, die den Verkehrsteilnehmer ablenken können und somit geeignet sind die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden, dürfen nicht errichtet werden. Hierbei genügt bereits eine abstrakte Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Auf § 33 StVO wird verwiesen. Die Errichtung von Werbeanlagen unterliegt ebenso der Genehmigung oder Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes.
- Die Photovoltaikanlagen sind so zu errichten, dass Blendwirkungen jeglicher Art auf die angrenzende BAB 7 ausgeschlossen werden. Dies kann beispielsweise durch die Installation eines Blendschutzzaunes oder einer entsprechenden Ausrichtung der Module erreicht werden. Bei der Blendwirkung genügt dabei bereits die erkennbare Möglichkeit, dass eine Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs eintritt.
- Bezüglich der Errichtung von Zäunen wird auf § 11 Abs. 2 FStrG verwiesen. Demgemäß dürfen Anpflanzungen, Zäune, Stapel, Haufen und andere mit dem Grundstück nicht fest verbundene Einrichtungen nicht angelegt werden, wenn sie die Verkehrssicherheit (konkret) beeinträchtigen. Soweit sie bereits vorhanden sind, haben die Eigentümer ihre Beseitigung zu dulden. Die Einordnung der Zaunanlage unter § 11 FStrG oder ggf. unter § 9 FStrG bedarf einer konkreten Prüfung im Einzelfall.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

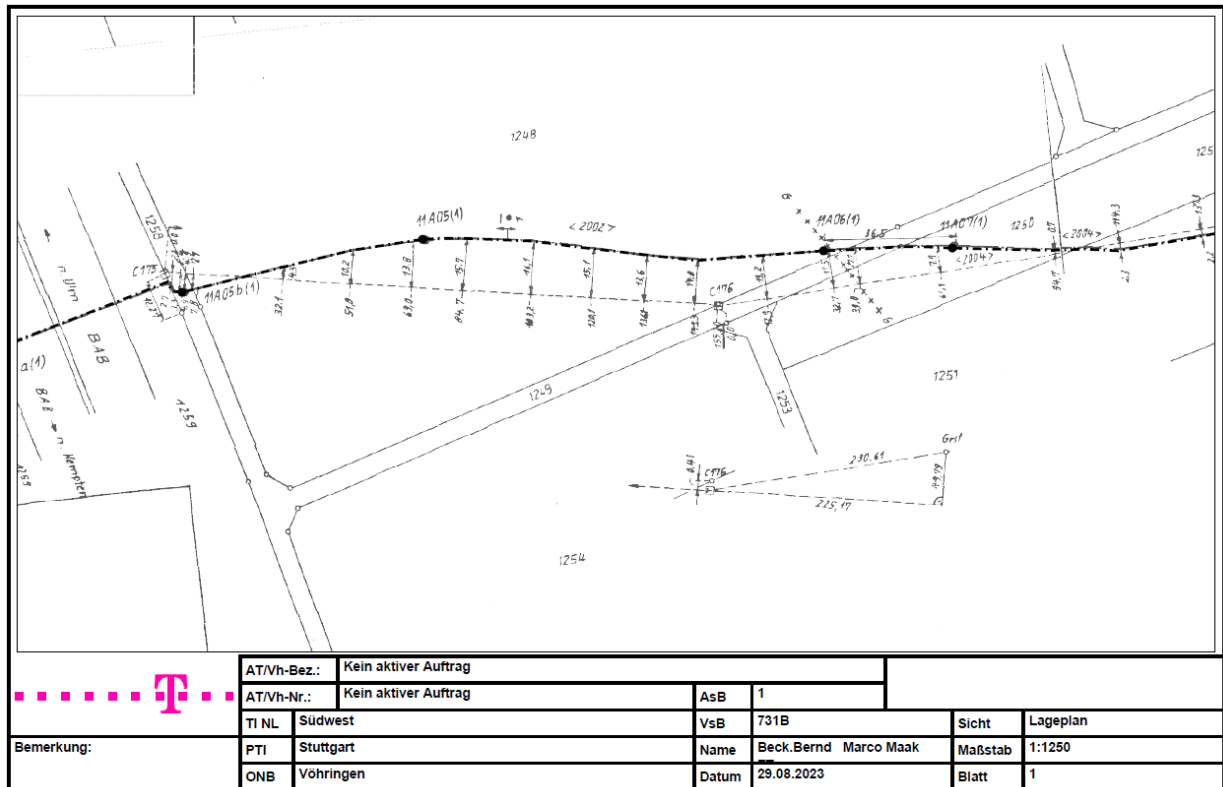
Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

5. Deutsche Telekom Technik GmbH, mit Schreiben vom 29.08.2023

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH

beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus dem beigefügten Plan ersichtlich sind.



Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Änderungen an der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

6. Terranets bw GmbH, mit Schreiben vom 31.08.2023

Die Belange der terranets bw GmbH sind in der aktuellen Fassung des Bebauungsplanes und des FNPs ausreichend berücksichtigt – die Forderungen aus der letzten Stellungnahme vom 12.04.2023 wurden umgesetzt, sodass keine weiteren Einwände bestehen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Änderungen an der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

7. LEW Verteilnetz, mit Schreiben vom 05.09.2023

Wenn die genannten Punkte und Hinweise in der beigefügten Stellungnahme vom 18.04.2023 weiterhin beachtet werden, bestehen gegen die 17. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes "Freiflächen-Photovoltaikanlage Sandberg Illerberg" in der Fassung vom 29.06.2023 keine Einwände.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Änderungen am Entwurf der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

8. Staatliches Bauamt Krumbach, mit Schreiben vom 11.09.2023

Die Belange des Staatlichen Bauamtes Krumbach werden durch die vorliegende Bauleitplanung nicht berührt.

Zu der in unmittelbarer Nähe befindliche A7 ist die Autobahngesellschaft des Bundes zur Stellungnahme anzuhören.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Autobahn GmbH wurde ebenfalls zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Änderungen an der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

9. Landratsamt Neu-Ulm, mit Schreiben vom 06.10.2023

Zur fachtechnischen Beurteilung liegt nun eine gutachterliche Kurzstellungnahme (DEKRA v. 25.05.2023) vor. Darin wird angeführt, dass aufgrund eines Abstands von ca. 270 m eine kurzzeitige Blendung nicht anzunehmen sei. Weiter wird angeführt, dass von einer Photovoltaikanlage, die weiter als 100 m vom Immissionsort aufgestellt wird, erfahrungsgemäß nur kurzzeitige Blendwirkungen auftreten.

Nach Rücksprache mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt ergeben sich für großflächige Anlagen weit längere Immissionszeiträume als für Dachanlagen. Die Hilfestellung der LAI (Länderausschuss Immissionsschutz) soll für kleine private Anlagen dienen, weniger ein Ausschlusskriterium für großflächige kommerzielle Anlagen darstellen.

Daher empfehlen wir die Begutachtung zur Blendwirkung auf ein vollständiges Blendgutachten zu erweitern. Die Kriterien zur Bewertung sind unserem Schr. v. 17.04.2023 zu entnehmen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 17. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.